

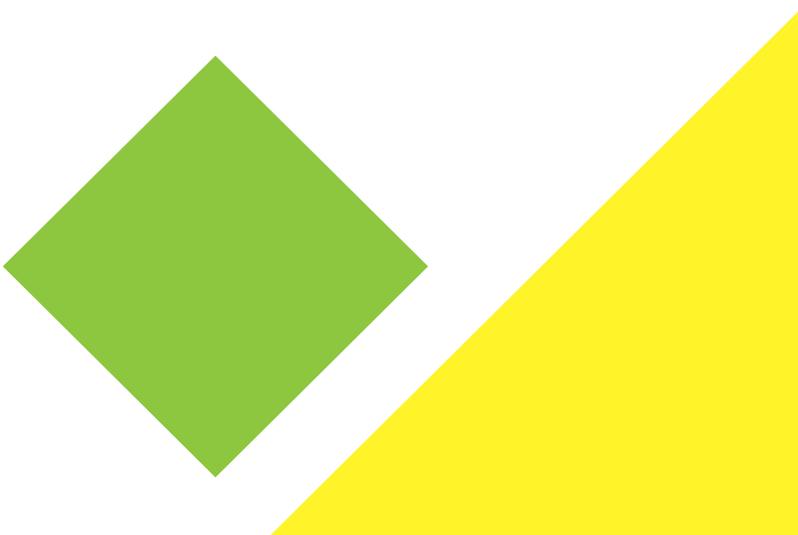


LANDKREIS
REUTLINGEN



HAUSHALTSENTWURF 2022

„Stabilität und Aufbruch“



Einbringung durch Landrat Dr. Ulrich Fiedler
20. Oktober 2021
Es gilt das gesprochene Wort

DAS GANZE IM BLICK

Sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ich freue mich, Ihnen heute den ersten Haushaltsplanentwurf vorlegen zu können, den ich aus dem Landratsamt heraus mitgestalten konnte.

Ein Planentwurf, der in schwierigen Zeiten entstanden ist. Wir erleben die wohl tiefgreifendsten gesellschaftlichen Veränderungen seit vielen Generationen. Diese Veränderungen finden lokal, national und global statt. Diese Veränderungen haben eine Intensität und Geschwindigkeit, wie wir sie bisher nicht kannten. Deswegen müssen wir schnell Lösungen finden, wie wir mit solch rapiden, fast revolutionären Veränderungen umgehen. Wir brauchen nicht nur inhaltliche Lösungen dafür, sondern auch andere, schnellere und effizientere politische Entscheidungsprozesse.

Zudem kämpfen wir noch immer, seit nun fast 17 Monaten, mit der Corona-Pandemie, die alleine unserer Gesellschaft und Gemeinschaft schier Unmögliches abverlangt, die uns unglaubliche Energie kostet und unsere Gesellschaft zu zerreißen droht.

Auf allen politischen Ebenen ist nun ein beherztes Agieren gefordert. Nur wenn wir in den nächsten wenigen Jahren die Weichen richtig stellen, wird es uns gelingen, unseren Kindern und deren Kindern einen Planeten zu hinterlassen, auf dem sie gut und gerne zusammenleben können. Dies ist ein herausragendes Maß an Verantwortung.

Lassen Sie uns, liebe Kreisrätinnen und Kreisräte, diese Verantwortung gemeinsam wahrnehmen, lassen Sie uns anpacken, lassen Sie uns die Weichen richtig stellen für die Menschen in unserem Landkreis, aber auch vor dem Hintergrund einer globalen Verantwortung, die jeder Einzelne von uns hat. Wir brauchen Stabilität in all den Dingen, die wir bereits erfolgreich bewältigen, und die Kraft und den Mut, dort anzupacken und aufzubrechen, wo wir noch zu wenig leisten. Dabei muss es uns gelingen, möglichst viele für einen Aufbruch zu motivieren. Wir brauchen das Engagement aller in unserer Gesellschaft, um die aktuellen epochalen Umbrüche in

Hinblick auf die Dekarbonisierung und deren Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche zu bewältigen.

Der von uns erstellten Haushaltsplanung liegen die üblichen Finanzdaten zugrunde, darunter die Maisteuerschätzung, die vorläufigen Rechnungsergebnisse 2020, die Prognosen für das Rechnungsergebnis 2021, die Orientierungsdaten des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und die Testbescheide für die Ausgleiche nach dem FAG.

Diesbezüglich hat sich gegenüber der Nachtragshaushaltsplanung für 2021 nichts Wesentliches verändert. Allerdings lassen sich aktuell Wirtschaftsdaten nur schwer prognostizieren. Engpässe bei Rohstoffen und in Lieferketten, die Preisentwicklung an den Energiemärkten, unzählige Krisenherde oder die weitere Entwicklung der Pandemie drücken auf die Konjunkturprognosen.

Ich möchte mit diesem Haushalt aber trotzdem Schwerpunkte setzen, für den Klimaschutz, für Digitalisierung, für gute Mobilität, für unsere Gesundheitsversorgung, für Bildung, für Nachhaltigkeit und für eine flexible, moderne Verwaltung.

Aufgrund der Prognoseunsicherheiten haben wir uns im Haus sehr vorsichtige und sparsame Planungsprämissen zur Vorgabe gemacht, einige will ich nennen:

- Keine Erhöhung von Planansätzen ohne gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen
- Keine Erhöhung von Personalstellen ohne gesetzliche Verpflichtung, Organisationsuntersuchung oder Personalbedarfsberechnungen
- Keine neuen freiwilligen Aufgaben
- Erhöhung der Freiwilligkeitsleistungen um 2%
- Für Investitionen war der mit dem Nachtragshaushalt 2021 beschlossene Budgetrahmen einzuhalten.

Wir haben keine einfache Situation. Einerseits haben wir uns im Hinblick auf die Planungsvorgaben, wie Sie sehen, ein enges Korsett geschnürt. Andererseits rede ich von Aufbruch, von Tatkraft und der Notwendigkeit, in wenigen Jahren große

Schritte in den relevanten und benannten Politikfeldern voranzukommen. Wir müssen uns klarmachen, dass wir zum Erreichen der Ziele auch Geld in die Hand nehmen müssen. Zwar nachhaltig und effizient, aber ohne zusätzliche Investitionen werden wir die gesetzten Ziele nicht erreichen können. Ein gutes Beispiel für ein solches Vorgehen ist der Neubau des Landratsamtes.

Mir ist es für unser Handeln zudem außerordentlich wichtig, eine stabile, eine verlässliche Partnerschaft zwischen dem Landkreis und den Städten und Gemeinden zu leben. Wir werden die genannten Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen können. Da bleibt kein Raum für unnütze Auseinandersetzungen rein politischer Natur. Wir müssen die Themen und Aufgaben angehen. Miteinander statt gegeneinander. Dabei gilt es, weder Zeit noch Ressourcen zu verschwenden. Nur wenn wir unsere Kompetenzen bündeln und effizient einsetzen, werden wir unserer Verantwortung gerecht. Nur so können wir sparsam und für die Bürgerschaft nachvollziehbar effizient mit den uns an die Hand gegebenen Mitteln umgehen.

Davon bin ich zutiefst überzeugt. Und ich werde bei diesen Themen immer wieder versuchen, eine engste Zusammenarbeit von Landkreis, Städten und Gemeinden herbeizuführen. Eine Zusammenarbeit und Partnerschaft ohne Doppelstrukturen, ohne Eitelkeiten. Das heißt, seriös wahrgenommene Verantwortung für unsere öffentlichen Haushalte, um das Bestmögliche für die Menschen in unserem Landkreis zu erreichen.

Auch deswegen schlagen wir vor, den Hebesatz der Kreisumlage nur sehr geringfügig um einen Prozentpunkt anzuheben. Im Vergleich zu den in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen 30,5 % senken wir ihn sogar um 1,75 % auf 28,75 %. Absolut steigt die Summe der Kreisumlage dank der erfreulicherweise gestiegenen Steuerkraft der Städte und Gemeinden in unserem Landkreis. Ich halte diese Planung für partnerschaftlich fair.

Zu den weiteren Fakten des Haushalts:

Das Haushaltsvolumen steigt auf 438,19 Mio. EUR.

2022 wollen wir insgesamt 36,28 Mio. EUR investieren. Ein wichtiger Beitrag zur Stärkung unserer Wirtschaft.

Wir investieren in den Neubau für unser Landratsamt im kommenden Jahr 20,0 Mio. EUR. Danach setzten wir die Prioritäten richtig und investieren in das wohl höchste Gut unserer Gesellschaft, die Bildung, 6,64 Mio. EUR. In die Mobilität investieren wir 4,84 Mio. EUR und in die Gesundheitsversorgung 4,0 Mio. EUR, um nur einige Schwerpunkte zu nennen.

Die Netto-Neuverschuldung zur Mitfinanzierung beträgt im absolut notwendigen Umfang 18,0 Mio. EUR und ist ausschließlich durch die hohe Investitionstätigkeit begründet.

Meine Damen und meine Herren,
lassen Sie uns 2022 gemeinsam anpacken.

Zuallererst wird es weiter unsere Aufgabe sein, die aktuelle Pandemie zu bekämpfen und zu bewältigen. An dieser Stelle geht ein mehr als besonderer Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Kreisgesundheitsamt, im Sachgebiet Pandemie, im Kreisimpfzentrum, den mobilen Impfteams, in der gesamten Impforgaisation und in den Verwaltungs- und Krisenstäben. Unglaublich was dort geleistet wurde und wird! Wir sind mit dieser Arbeit sehr erfolgreich und wären als Gesellschaft noch erfolgreicher, wenn sich noch mehr Menschen impfen ließen. Deswegen auch an dieser Stelle: Helfen Sie mit, diese Pandemie zu bewältigen, lassen Sie sich impfen.

Wir setzen außerdem den Neubau des Landratsamtes fort, wie von Ihnen beschlossen. Als KfW40-Haus. Dieses neue Gebäude ist mit der wichtigste Schritt auf dem Weg zu einer klimaneutralen Verwaltung. Mit dem Neubau wird unsere Verwaltung auch digitaler, effizienter, bürgernaher und serviceorientierter sein können. Wir gehen davon aus, im ersten Quartal des kommenden Jahres 2022 auf die Baustelle zu kommen.

Wir werden im kommenden Jahr auch in unsere Schulen investieren, in deren Digitalisierung genauso, wie in die der Verwaltung. Wir schaffen mit einem eigenen

Rechenzentrum die wichtige Grundlage für sämtliche, dringend notwendige digitale Infrastruktur und damit für die erforderlichen digitalen Angebote an unseren Schulen. Zudem treiben wir im Landratsamt im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes digitale Prozesse für unsere Bürgerinnen und Bürger voran. Es muss selbstverständlich sein, dass unsere „Kunden“ viele unserer Dienstleistungen einfach, flexibel und online von jedem Ort und zu jeder Zeit in Anspruch nehmen können.

Wir führen die regionale Schulentwicklung unserer Beruflichen Schulen, einschließlich einer integrierten Quartiersentwicklung des Berufsschulzentrums in Reutlingen, fort. Dadurch können wir optimierte Lernbedingungen an den jeweiligen Schulen schaffen, einen wesentlichen und nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und gleichzeitig hier in Reutlingen zusätzliche partnerschaftliche Impulse zur Stadtentwicklung geben.

Mein Ziel ist es zudem, im Schulterschluss mit den Städten und Gemeinden schnellstmöglich eine lückenlose Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis mit Glasfaser herzustellen. FttB ist in den 2020ern für jedes Gebäude fast so essentiell wie fließendes Wasser. Unsere Defizite wurden uns nicht nur beim Homeschooling und Homeoffice vor Augen geführt.

Wir werden uns weiterhin um eine flächendeckende, an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und -bürger angepasste Gesundheitsversorgung kümmern. Diese muss stationäre und ambulante Versorgung klug verbinden und sie muss sektorenübergreifend organisiert sein.

Mit der Geschäftsführung der Kreiskliniken und unter Einbindung der Bürgerschaft arbeiten wir sowohl an der weiteren Umsetzung des von diesem Kreistag verabschiedeten Medizinkonzepts 2025 sowie an der Weiterentwicklung des „Gesundheitscampus Bad Urach“.

Für mich ist Gesundheitsversorgung Daseinsvorsorge und wir dürfen auch zukünftig nicht nur unsere Kliniken weiterentwickeln, sondern müssen gemeinsam dafür sorgen, dass alle Menschen in unserem Landkreis bestmöglich versorgt sind. Leuchttürme und Prozesse dafür gibt es einige, wie unsere Gesundheitskonferenz, wie unsere „Gesunden Gemeinden“, wie der Primärversorgungsverbund, wie das

Port-Gesundheitszentrum in Hohenstein oder zukünftig der „Familiencampus“ in Hülben.

Gerade in den letzten Monaten wurde uns vor Augen geführt, wie wertvoll eine gute medizinische Versorgung für uns alle ist und wie dankbar wir allen sein können, die dafür arbeiten. In diesem Bereich wird Herausragendes geleistet – herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren,

wir sind als Modellregion für Nachhaltigkeit bereits mehr als anerkannt: PLENUM, REGIONEN AKTIV, LEADER, Schwäbisches Streuobstparadies, Landschaftserhaltungsverband, BioMusterregion, unser Biosphärengebiet Schwäbische Alb und auch unsere Gesundheitskonferenz und Inklusionskonferenz. Das sind nur einige wenige Initiativen und Erfolgsmodelle unseres nachhaltigen Entwicklungsprozesses.

Nachhaltigkeit soll weiterhin eines unserer zentralen Anliegen sein – eines, das wir entsprechend konsequent umsetzen. Wir etablieren derzeit im Landratsamt eine effiziente administrative Prozessstruktur, um die nachhaltige Entwicklung im Landkreis noch weiter, flächendeckend, zielführend und auf allen Ebenen voranzubringen.

Wir wollen uns zudem weiter und noch mehr den Herausforderungen des Klimaschutzes stellen und auch im Bereich der Nachhaltigkeit weiter vorankommen. Hier wurde schon viel erreicht, einige Schlaglichter: die Klimaschutzagentur, die Auszeichnung als „Bester Aufsteiger“ beim Leitstern Energieeffizienz, der Beitritt zum Klimaschutzpakt BW, 100 % zertifizierter Ökostrom, EEA in Gold, insgesamt über 200 umgesetzte Klimaschutzprojekte.

Darauf werden wir uns nicht ausruhen. Unser Ziel ist eine klimaneutrale Landkreisverwaltung schon deutlich vor 2040. Wir werden weiter am Klimaschutz arbeiten, so wie wir ihn verstehen: Ohne Ideologie aber mit hartnäckigem Willen, eine sinnvolle Maßnahme nach der anderen umzusetzen.

So werden wir beispielsweise immer mehr zu einer der dynamischsten Wasserstoffmodellregionen der Republik. Wir sind gleich doppelt ausgewählt worden: Im August zusammen mit anderen Partnern vom Umweltministerium Baden-

Württemberg als „Modellregion grüner Wasserstoff“ und im September zusätzlich vom Bund als HyExperts-Region. Diese beiden Förderprogramme mit Fördersummen von insgesamt über 30 Mio. EUR geben uns die einmalige Chance, zusammen mit anderen Akteuren Entwicklungen für diese Technologie anzustoßen, die Vorbild für Viele sein können.

Wir leisten damit einen wesentlichen Beitrag für die Energie- und Verkehrswende und damit zum Schutz unseres Klimas.

Eng damit verknüpft ist das Thema nachhaltige Mobilität.

Nachhaltige Mobilität heißt in unserem heterogenen Landkreis schienengebundene Bündelung genauso zu unterstützen wie moderne Entwicklungen, sei es autonome Mobilität oder Sharingformen.

Wir zeigen riesigen Einsatz für die Regionalstadtbahn nicht nur im Erms- und Echaztal, für die Umsetzung des Nahverkehrsplans, für die dritte Regiobuslinie, für Elektromobilität und die dafür notwendige Infrastruktur, für E-Bike-Sharing, für mehr Rad- und Fußverkehr und für vieles mehr.

Zum Albaufstieg der Regionalstadtbahn habe ich gleich nach der Wahl von Herrn Wörner zum Bürgermeister der Stadt Pfullingen alle Vertreter der an der zukünftigen Strecken anliegenden Kommunen eingeladen, um das weitere Vorgehen abzustimmen. Ich habe das Gefühl, hier ziehen alle an einem Strang und wir sind auf einem sehr guten Weg.

Die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger stellen wir auch durch unseren Straßenbetriebsdienst sicher. Damit die Kolleginnen und Kollegen dort aber gute Arbeit leisten können, müssen sie auch vernünftig ausgestattet sein. Die Straßenmeisterei in Eningen wird den heutigen Anforderungen an Funktionalität, Energetik, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit kaum mehr gerecht. Deswegen wollen wir diese Liegenschaft zeitnah vom Land erwerben und die Modernisierungsplanungen vorantreiben.

Darüber hinaus werden wir auch weiter in Ausbau und Sanierung der Kreisstraßen investieren, genauso wie in Radwege und barrierefreie Bushaltestellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun zur vielleicht beachtlichsten Zahl dieses Haushalts: Der Nettoressourcenbedarf des Sozialhaushalts erhöht sich um 14,16 Mio. EUR auf 169,32 Mio. EUR und auch bei den sozialen Leistungen wie der Eingliederungshilfe, der Hilfe zur Pflege, der Grundsicherung für Arbeitssuchende, der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe in den Teilhaushalten 4 und 5 sind erneut deutliche Steigerungen der Bruttotransferaufwendungen zu verzeichnen.

Damit wird auch in diesem Jahr deutlich, dass die für unseren Haushalt prägendsten Vorgaben weder die Landkreisverwaltung noch der Kreistag machen, sondern die Parlamente in Berlin und Stuttgart.

Die Unterstützung der Hilfebedürftigen in unserem Landkreis ist mir ein persönliches Anliegen. Der Bereich dieser Hilfen ist für unseren Landkreis und die hier lebenden Menschen nicht nur ein Kostenfaktor. Diese Unterstützung erlaubt Vielen hier in unserer Gesellschaft echte Teilhabe. Und ermöglicht ihnen damit wirkliche Chancen für Ihr Leben.

Trotzdem müssen wir im Hinblick auf den Haushalt gerade hier die finanziellen Rahmenbedingungen immer wieder prüfen, hinterfragen und steuern.

Wir setzen dabei den 2010 begonnenen Controllingprozess konsequent um, insbesondere auch durch noch engere Kooperationen mit dem sozialräumlichen Umfeld. Aber dies wird nicht reichen. Ohne eine weitergehende finanzielle Beteiligung des Bundes werden wir, weder in den Landkreisen, noch mit den Städten und Gemeinden diese Aufwendungen tragen können. Dies ist die harte Wahrheit. Woher soll der Landkreis die dadurch entstehenden Defizite dauerhaft bedienen?

Lassen Sie mich an dieser Stelle wenige Bereiche der Sozial- und Jugendhilfe im Hinblick auf den Haushaltsplanentwurf skizzieren.

Nach derzeitigem Stand der Planungen steigt zum Beispiel der Zuschussbedarf des Sozialbereichs bei den Transferleistungen gegenüber dem Plan 2021 auf 133,93 Mio. EUR. Das entspricht einem Zuwachs von 8,84 %.

Der Gesamthaushalt ist erneut geprägt von zurückgehenden Erträgen. Dazu gehören z.B. die Auswirkungen des Angehörigenentlastungsgesetzes mit dem damit verbundenen Rückgang der Unterhaltszahlungen sowie geringeren Kostenerstattungsmöglichkeiten durch Neuregelungen im Bundesteilhabegesetz.

Auch im SGB II ist ein Rückgang der Bundeserstattung zu erwarten.

Nach den aktuell vorliegenden Orientierungsdaten des Landes werden sich außerdem gegenüber 2021 der Soziallastenausgleich 2022 um weitere 0,78 Mio. und der sog. Status-Quo-Ausgleich im Zusammenhang mit der Aufgabenübernahme der Eingliederungshilfe 2022 um 0,44 Mio. EUR gegenüber dem Planungszeitpunkt verringern. Dadurch wird sich voraussichtlich der Zuschussbedarf nochmals um weitere 1,22 Mio. EUR auf 135,15 Mio. EUR erhöhen. Dies wird in der Änderungsliste berücksichtigt.

Wesentlicher Faktor für die Finanzentwicklung des Sozial Etats ist die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (Eingliederungshilfe) für Menschen mit Behinderung. Hier wird (vorsichtig kalkuliert) mit einem Anstieg des Zuschussbedarfs um 14,45 % gegenüber dem Plan 2021 gerechnet. Damit steigt der Bedarf von rund 68 Mio. EUR auf 78 Mio. EUR.

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) wird im Jahr 2022 und den Folgejahren erhebliche Auswirkungen auf die Aufwendungen und Erträge in der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX haben.

Der Großteil der erwarteten Mehraufwendungen wird jedoch erst mit der Umsetzung des Landesrahmenvertrags voraussichtlich bis zum 30.06.2023 wirksam werden. Die erwartete Steigerung der Aufwendungen der Eingliederungshilfe wird somit erst sukzessive im Laufe der Haushaltsjahre 2022 und 2023 eintreten. Dies wurde so im Entwurf des Haushalts berücksichtigt.

Im Bereich der Sozialen Teilhabe muss durch den Landesrahmenvertrag insbesondere bei der Assistenz in besonderen Wohnformen und im eigenen Wohnraum sowie bei Förder- und Betreuungsgruppen mit einer Steigerung der Aufwendungen gerechnet werden.

Für den Haushalt 2022 wird im Bereich der Sozialen Teilhabe deshalb mit einer Steigerung der Ausgaben in Höhe von 14 % (ca. 7 Mio. EUR) kalkuliert.

Auch im Bereich der Teilhabe an Bildung muss mit einer deutlichen Steigerung der Aufwendungen gerechnet werden. Bereits in den vergangenen Jahren war im Bereich der schulischen Inklusion eine eklatante Zunahme der Fallzahlen und der Aufwendungen zu verzeichnen.

Insbesondere in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) ist für eine steigende Zahl von Schülern eine Beschulung nur noch mit einer ständigen Begleitung durch eine zusätzliche pädagogische Fachkraft möglich. Ein Ende dieses in ganz Baden-Württemberg erkennbaren Trends ist noch nicht abzusehen.

Die Landrätekonferenz hat das Thema im September 2021 aufgegriffen und die Landesregierung aufgefordert, seine Lehrkraftressourcen sowie Lehrinhalte und -methodik so anzupassen, dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen ohne zusätzliches, von den Landkreisen finanziertes Personal erfolgreich unterrichtet werden können.

Eine Reaktion der Landesregierung steht noch aus.

Der in dieser Höhe nicht erwartete sprunghafte Anstieg der schulischen Inklusionen im laufenden Jahr 2021 und die erwartete Fortsetzung dieses Trends im kommenden Jahr führen im Bereich der Teilhabe an Bildung zu einer Erhöhung des Planansatzes um 30 % (ca. 4,07 Mio. EUR).

Lassen sich mich ein Gesetz näher beleuchten: Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) vom Juni 2021 ist ein Musterbeispiel dafür, wie der Bund neue und immer differenziertere Aufgaben vorgibt, die dann von der kommunalen Ebene umgesetzt und bezahlt werden müssen.

Dieses Gesetz sieht einen mehrjährigen Stufenplan vor, der am 01.01.2028 abgeschlossen sein soll.

Jetzt schon gilt: Der Inklusionsgedanke ist gesetzlich verankert und zieht sich durch alle Lebensbereiche eines Kindes oder Jugendlichen. Die Zusammenarbeit mit anderen Stellen wird verbessert, es soll eine Bereinigung bzw. eine Annäherung der bestehenden Schnittstellen erfolgen. Es gibt einen allgemeinen Beratungsanspruch.

Ab 01.01.2024 soll ein Verfahrenslotse eingesetzt werden, der junge Menschen, die behindert oder von einer Behinderung bedroht sind, sowie die Eltern oder Sorgeberechtigten im Hinblick auf Leistungen unterstützt und begleitet, unabhängig von der Art der Behinderung.

Ab 01.01.2028 erhalten alle Kinder und Jugendliche – unabhängig von der Art der Behinderung – Leistungen über die Jugendhilfe.

Im Gesetzgebungsverfahren hat der Bund sämtliche Forderungen nach einer finanziellen Beteiligung zurückgewiesen. Mit dem Hinweis auf die „zahlreichen entlastenden Maßnahmen des Bundes zugunsten von Ländern und Kommunen in den vergangenen Jahren“.

Diese Begründung geht natürlich an der Realität vorbei. Ob die Aufforderung des Bundesrates an die Bundesregierung, für einen vollständigen Mehrkostenausgleich zu sorgen, Erfolg hat, bleibt abzuwarten.

Schon jetzt ist klar, dass wir für die Umsetzung deutlich mehr Personal brauchen werden als bisher. Den konkret notwendigen Bedarf ermittelt derzeit eine Arbeitsgruppe auf Ebene der Kommunalen Landesverbände. Nach einer eigenen Abschätzung könnte das KJSG zu einem Mehrbedarf von bis zu zehn Stellen führen. Im Stellenplan ist dieser Mehrbedarf nicht berücksichtigt.

Wie bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sage ich Ihnen zu, dass wir keine Stellen auf Vorrat schaffen, sondern dann auf Sie zukommen, wenn es konkret und zwingend notwendig ist.

Über die weitere Entwicklung werden wir Sie laufend informieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ein weiteres sehr wichtiges Thema: Wir werden zusammen mit den Städten und Gemeinden dafür sorgen, dass wir den zu uns geflüchteten Menschen gute Lebensbedingungen ermöglichen. Nach den Vorkommnissen in Afghanistan werden wir wieder mehr Menschen aufzunehmen haben. Dies erfordert einiges an Anstrengung aller Beteiligten. Aber ich bin zuversichtlich, dass uns dies auch 2022 gelingen kann.

Ebenfalls zusammen mit den Städten und Gemeinden werden wir uns weiterhin für die kulturelle Arbeit im Landkreis einsetzen. Hier konnten wir 2021 viel bewegen, wie beispielsweise den Kultursommer. Gerade die Kulturschaffenden haben nach wie vor

unter der Pandemie zu leiden. Auch hier müssen wir unserer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Dank an die Kolleginnen und Kollegen hier im Landratsamt.

Zuerst Herrn Klett, Herrn Gekeler, Frau Rilling und Herrn Göbel mit dem gesamten Team der Kämmerei für diesen Entwurf, in dem eine Menge Arbeit und Kompetenz steckt.

Und zudem an das gesamte Haus, das nun schon über eineinhalb Jahre neben dem üblichen Geschäft für uns alle diese Pandemie bewältigt. Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten an Fragen der Umsetzung der immer wieder neuen Vorgaben mit, viele waren im Pandemieteam im Einsatz, zum Beispiel bei der Kontaktnachverfolgung. Viele arbeiten in Stäben oder in Abstimmungen mit anderen Behörden, Kommunen, in der Kommunikation oder der Öffentlichkeitsarbeit. Diese Kolleginnen und Kollegen zeigen außerordentlichen Einsatz 24/7 mit extrem hoher Identifikation für diese Aufgaben. Daneben sind natürlich auch die originären Aufgaben eines jeden Fachamts zu erfüllen. Die Pandemie geht an niemandem im Haus spurlos vorbei.

Stellvertretend bitte ich daher unsere Personalratsvorsitzende Frau Bidlingmaier, diesen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzunehmen.

Gleichzeitig bitte ich Sie und die Bürgerschaft um Verständnis, dass dabei das ein oder andere nicht so läuft und funktioniert wie es laufen oder funktionieren sollte. Die Pandemie ist und bleibt sicher noch eine Zeit lang eine Herkulesaufgabe.

Meine Damen und Herren,
verehrte Mitglieder des Kreistags,
wir haben uns große Mühe gegeben, Ihnen einen Haushaltsplanentwurf vorzulegen, der den Anforderungen unserer derzeitigen außerordentlichen gesellschaftlichen Lage gerecht wird. Einen Entwurf der aufzeigt, dass wir vieles nur gemeinsam und in engem Schulterschluss mit den Städten und Gemeinden, aber auch mit den Unternehmen, Kirchen und vielen Organisationen, letztlich mit der gesamten Gesellschaft in unserem Landkreis, bewältigen können.

Wir werden dabei nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, stabile Strukturen für die Unterstützung der Menschen in unserem Landkreis aufrecht zu erhalten, zu erweitern und gleichzeitig einen Aufbruch zu wagen. Einen Aufbruch zu noch mehr Klimaschutz, einen Aufbruch zu noch mehr Nachhaltigkeit, einen Aufbruch zur weiteren Digitalisierung – auch gegen die Kritiker, die aktuell in unserer Gesellschaft so zahlreich und lautstark sind.

Konrad Adenauer sagte einst: „Kritiker haben wir genug. Was unsere Zeit braucht, sind Menschen, die ermutigen.“

Dies gilt heute umso mehr. Wir brauchen Menschen, die mitgestalten wollen, die die Dinge verändern wollen, die bereit sind, die dringenden und sofort notwendigen Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Unser einzigartiger Planet gibt uns dafür keinen Aufschub.

Lassen Sie uns mutig sein, lassen Sie uns anpacken, lassen Sie uns aufbrechen und die aktuellen Herausforderungen gemeinsam angehen!

Vielen Dank.